

3/8. 1919.

3/8
738

Aus der Gemeinde.

Klub der Sozialdemokraten im Wiener Gemeinderate. Vom 4. d. an befindet sich die Kanzlei des Klubs im Parteisekretariat, Rechte Wienzeile Nr. 97, 1. Stock, wohin man alle Zuschriften zu richten sind. (Telephon Nr. 8335).

Die Gerüchte über die städtischen Unternehmungen. Das „Deutsche Volksblatt“ brachte gestern unter dem sensationellen Titel „Bankrott der sozialistischen Gemeinwohlfahrt“ die Bärge, daß die sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit mit einem ausländischen Konsortium wegen des Verkaufes der städtischen Straßenbahnen, der Gas- und Elektrizitätswerke verhandle, weil sie „bei den stets wachsenden Personalkosten diesen Betrieb auf die Dauer unmöglich weiter zu führen imstande ist“. An diesem Gerücht ist kein wahres Wort und es wurde dieses Gerücht schon einmal — am 2. Juli, also vor einem Monat — im Gemeinderat widerlegt. Damals hat es der Christlichsozialer Gemeinderat Kotter bei der Beratung über die Erhöhung der Strompreise vorgebracht und der gemeinderätliche Finanzreferent Stadtrat Breitner hat darauf folgendes geantwortet: „Ich möchte noch auf die hier erwähnten Gerüchte bezüglich des Verkaufes der Elektrizitätswerke zurückkommen. Sie stellen nichts als ein Märchen oder irgendetwas Fremden Wunsch dar. Von Unterhandlungen kann in keiner Weise gesprochen werden. Der Wahrheit entsprechend sei festgestellt, daß auch kein Verlangen dieser oder ähnlicher Art an die gegenwärtige Gemeindeverwaltung gerichtet worden ist. Ein einzigesmal war von einem solchen Plan die Rede und das geschah bemerkenswerterweise allerdings von einer Seite, die dem Kollegen Kotter sehr nahe steht. Es war in einer der allerletzten Sitzungen des Finanzkomitees, daß der damalige Bürgermeister Dr. Weiskirchner davon gesprochen hat, es wäre angebracht, eine Abtretung der Gaswerke an ausländische Interessen in Erwägung zu ziehen. Damals haben wir nachdrücklich erklärt, daß solange die Sozialdemokraten dieser Stadt ein Wort zu sprechen haben werden, eine freiwillige Abtretung nicht erfolgen werde. Es würde wohl auch mehr als sonderbar sein, im Zeitalter der Sozialisierung so wichtige Gemeindebetriebe der privaten Ausbeutung zu überantworten, und es hat uns damals eigenartig berührt, daß der Bürgermeister dieser Stadt eine solche Möglichkeit in Betracht zog. Ob die jetzige Nachricht des erwähnten Blattes von einem Bankkonsortium inspiriert ist, das vielleicht die städtischen Unternehmungen unter seine Gewalt zu bekommen wünschte, kann man nicht feststellen. Jedenfalls werden alle solche Versuche vergeblich sein, denn die jetzige Gemeinderatsmehrheit wird kein kommunales Unternehmen ausgeben. Sie wird vielmehr noch andere Betriebe kommunalisieren. Als nächste sollen die Rauchfanglehrerbetriebe darankommen.“